

**Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Politik hat schnell und hart reagiert - nun auch mit Maßnahmen der Bundesregierung -, zunächst einmal vor allen Dingen rhetorisch. Die ganze Härte des Gesetzes müsse die Straftäter treffen, heißt es. Was denn sonst? Die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Frau Kraft, hat sich wie folgt eingelassen: „Straftäter sind Straftäter, egal wo sie herkommen.“ In den Fällen, wo die Voraussetzungen gegeben seien, müssten sie abgeschoben werden. Was denn sonst? Das eigentlich Überraschende ist, dass man das sagen und betonen muss. Warum muss man das eigentlich sagen? Weil es offensichtlich in der Praxis nicht selbstverständlich ist. Weil es eine große Diskrepanz zwischen dem geltenden Recht und der Durchsetzung des Rechts gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alle gesetzlichen Regelungen, sowohl die bestehenden als auch diejenigen, über die wir noch sprechen werden, laufen ins Leere, wenn es an dem Willen fehlt, das geltende Recht konsequent anzuwenden. Das ist die Bewährungsprobe, vor der wir stehen.

Frau Göring-Eckardt, es war interessant, zu erfahren, dass die Grünen nun mehr Polizei fordern. Das war einmal anders.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist überhaupt nicht wahr! - Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das fordern wir seit vielen Jahren!)

Ihre Forderung, die in der Sache richtig ist, wäre viel glaubwürdiger, wenn Sie in der Regierungsverantwortung vor allen Dingen in Berlin und in Nordrhein-

Westfalen um das Jahr 2000 herum nicht für einen massiven Abbau von Polizeistellen gesorgt hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU - Sören Bartol (SPD): Schauen Sie doch einmal nach Hessen!)

Wir können der Polizei nicht ständig neue Aufgaben übertragen.

(Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt können wir die einzelnen Landesregierungen schön gegeneinander aufrechnen! Schauen Sie sich einmal, was woanders passiert! - Weitere Zurufe von der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Wir sollten uns darauf verständigen, dass derjenige, der das Wort hat, es auch nutzen kann.

**Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):**

Dass das wehtut, Herr Hofreiter, ist mir klar.

(Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es geht um die Wahrhaftigkeit Ihrer Aussage!)

Sie sind doch so sehr für politische Korrektheit. Politisch korrekt ist die Wahrheit.

(Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz genau!)

Deswegen müssen Sie sich das in Ruhe anhören.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Wahrhaftigkeit ist Ihr Problem!)

---

Wir können der Polizei nicht ständig neue Verantwortung und neue Aufgaben übertragen, ohne sie personell angemessen auszustatten. Die Polizei braucht die richtige Personalausstattung, das richtige rechtliche Instrumentarium und auch die notwendige technische Ausstattung.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Lieber Kollege Bosbach, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen von Notz zu?

**Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):**

Ja, selbstverständlich.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Bitte.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Geschätzter Herr Kollege Bosbach, vielen Dank für das Zulassen meiner Zwischenfrage. - Es ist interessant, dass Sie auf Berlin rekurrieren. Wir Grüne haben vor vielen Jahren einmal in Berlin regiert. Dass das für Sie eine so prägende Erfahrung war, ist interessant.

Mich interessiert aber eine andere Frage viel mehr - Sie waren schließlich lange Jahre Vorsitzender des Innenausschusses -: Wie ist es denn um die Verantwortung der Union bestellt?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Seit über zehn Jahren tragen Sie Verantwortung für die Innenpolitik auf Bundesebene. Sie wollen das offenbar mit Ihrem Hinweis auf Berlin im Jahr

---

2000 vernebeln. Wo ist die Kompetenzzuschreibung der Union? Sind die nun bestehenden Missstände nicht durch die Innenpolitik der Union in den letzten zehn Jahren verursacht worden?

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Wolfgang Bosbach** (CDU/CSU):

Ich bin Ihnen für diese Frage ausgesprochen dankbar; denn sie gibt mir die Gelegenheit, Ihnen die Kenntnisse zu vermitteln, die Sie eigentlich schon hätten haben müssen, bevor Sie sich um ein Mandat im Deutschen Bundestag beworben haben.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! Oh!)

Wir haben die Verantwortung für das Bundesamt für Verfassungsschutz. Wir haben die Verantwortung für die Bundespolizei. Wir haben die Verantwortung für das Bundeskriminalamt.

(Katrín Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Genau!)

Den massiven Stellenabbau, den es in einigen Bundesländern in der Vergangenheit gegeben hat,

(Ulli Nissen (SPD): Was ist mit der Bundespolizei?)

hat es im Verantwortungsbereich des Bundes nie gegeben, und zwar völlig unabhängig in welcher Konstellation die Bundesregierung im Amt war. Im

---

Gegenteil: Wir haben sogar einen deutlichen Aufwuchs der Stellen im Verantwortungsbereich des Bundes zu verzeichnen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Thomas Oppermann (SPD):  
Seitdem wir dabei sind!)

Anders sieht es im Verantwortungsbereich der Länder aus. Viele Länder haben Stellen abgebaut.

(Zurufe von der SPD: Hessen! Hessen!)

Einige haben aber auch Stellen aufgebaut. Den größten Stellenabbau hat es um das Jahr 2000 herum gegeben. Fast die Hälfte des Stellenabbaus der damaligen Zeit entfällt auf zwei Bundesländer: auf das Land Berlin und das Land Nordrhein-Westfalen. Das wollte ich Ihnen an dieser Stelle nur einmal mitteilen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei aller Kritik, die es in den letzten Tagen gegeben hat: Es besteht überhaupt keine Veranlassung, die Polizei, die in Köln im Einsatz war, so pauschal zu kritisieren. Es stimmt: Es hat eine Fehleinschätzung der Polizeiführung gegeben.

(Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Mehrere!)

Aber wir sollten uns heute einmal ausdrücklich bei denen bedanken, die in dieser Silvesternacht in Köln und in anderen Großstädten in dramatischer Unterzahl ihren Kopf hingehalten haben, um die bedrohten Menschen, insbesondere Frauen, zu schützen.

---

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der  
SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Ulli  
Nissen (SPD): Alles schon gemacht!)

Was mir in den letzten Tagen viel zu kurz gekommen ist, ist die politische Selbstkritik. Wir müssen uns schon als Parlamentarier, als Politiker selber fragen, ob wir nicht auch durch Tun und Unterlassen einen Beitrag dazu leisten, dass es überhaupt zu solchen dramatischen Vorfällen kommen kann. Die Gewerkschaft der Polizei schreibt am 3. Dezember - ich zitiere -: Eine Situation, in der die zuständige Grenzpolizei in Hunderttausenden Fällen nicht mehr erfährt und wegen politischer Absprachen nicht mehr erfahren kann, wer unter welchem Namen und aus welchem Grunde in das Land einreist, ist mit Blick auf die Gewährleistung der inneren Sicherheit staatsgefährdend.

Ein Polizist, der in Köln in dieser berühmten Silvesternacht im Einsatz war, schreibt: Zahlreiche Bürgerinnen wurden nicht vor diesen Männern geschützt, und das hat nicht nur mit polizeilicher Arbeit, sondern auch mit politischen Entscheidungen zu tun, die dazu führen, dass sich in einem bisher unbekanntem Ausmaß Männer mit solchem Verhaltensbild in derartiger Größenordnung zusammenrotten.

Es ist richtig, dass unser Asylrecht keine Obergrenzen kennt.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege.

**Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):**

Unser Asylrecht kennt keine Quoten und kennt keine Höchstgrenzen.

(Zuruf der Abg. Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN))

---

Aber das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass wir eine völlig unbegrenzte Aufnahmefähigkeit haben, eine völlig unbegrenzte Integrationskraft. Das gilt weder für die Gesellschaft noch für den Arbeitsmarkt.

(Ulli Nissen (SPD): Haben Sie das der Kanzlerin schon gesagt?)

Je besser und je rascher Integration gelingt, desto eher ist die Möglichkeit gegeben, dass sich solche Ausschreitungen nicht wiederholen. Wir stehen nicht nur vor einer Herausforderung, -

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Lieber Kollege Bosbach.

**Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):**

- wir stehen vor einer Überforderung unseres Landes. Deswegen brauchen wir eine politische Kurskorrektur. Diesen Kontrollverlust, den wir seit Sommer vergangenen Jahres haben, müssen wir so rasch wie möglich beenden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

---